

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Sonntags und Montags nur ausnahmsweise. Der Abonnementspreis beträgt bei Vorzahlung im Voraus für sechs Monate 24,- M., im Voraus für drei Monate 12,- M. ...

Die abdruckfähigen Korrespondenzen über deren Namen kostet 5,- M., einschließlich Fernschreibungsgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1/2 M., einschließlich Fernschreibungsgebühren. ...

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Vor Riga

#### Neue Schwierigkeiten im polnisch-russischen Konflikt

Paris, 9. September.

Wie „Le Temps“ sich telegraphisch aus London melden läßt, hat sich die Sowjetregierung entschlossen, zu der neuen Friedenskonferenz nach Riga keine Delegationen zu schicken. Nach den bei Kamenew eingegangenen Nachrichten beklagt sich die Sowjetregierung darüber, daß die lettische Regierung nicht auch dem Hilfspersonal der russischen Delegation Immunität gewährt hat. In London kennt man noch nicht die genauen Gründe der neuen Schwierigkeiten. Es heißt, daß die lettische Regierung gewissen Propagandagenten und anderen unerwünschten Leuten, die die Sowjetregierung ihrer Delegation beigegeben hat, mißtraut.

#### Die polnische Friedensgrundlage

London, 9. September.

Nach einer „Times“-meldung aus Warschau begibt sich die polnische Friedensdelegation morgen nach Riga. In der Umgebung der Regierung in Warschau hofft man, daß die Verhandlungen ein zufriedenstellendes Ergebnis haben werden, und daß die Verhandlungen nicht lange dauern werden, da die Parteien über die hauptsächlichsten Grundlagen schon einig seien. Diese Grundlagen seien: 1. Keine Einmischung einer der beiden Mächte in die inneren Angelegenheiten des anderen, 2. Proklamierung der Unabhängigkeit der Ukraine.

#### Polens selbstbewußte Haltung.

L. u. Warschau, 10. September.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Cast Service“ erklärte Präsident Pilsudski, daß Polen zu den Friedensverhandlungen in Riga keineswegs als Mittler zu erscheinen beabsichtigt habe, daß sich seine militärische und politische Lage vielmehr dank der mehr als moralischen Intervention der Entente derartig gestellt habe, daß die polnische Regierung heute der Sowjetregierung als gleichberechtigter Faktor entgegenzutreten könne. Pilsudski erklärte, nicht nur als oberster Heeresführer, sondern auch als oberster Staatschef verstanden zu können, daß Polens Hilfsangebot als oberster Staatschef verstanden zu können, daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei, und daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei, und daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei, und daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei, und daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei.

### Arbeitslosenunruhen in Dresden

#### Schläge statt Brot

21. Dresden, 10. September.

Der Dresdener Vertreter der Telegraphen-Union berichtet als Augenzeuge über schwere Unruhen in Dresden folgendes: Die bereits bekannten Vorgänge am gestrigen Tage, verursacht durch die Verteilung verdorbenen Brote, gipfelte in die Arbeiterunruhen, waren der Auslast zu großen Unruhen und die entzündete Spannung fand gestern ihre Entladung vor dem Arbeitsschweigeweis. Bei Zusammenkünften und Aufmärschen der Arbeitlosen in den Straßen um den Postplatz ging plötzlich die Wut der Arbeiter in einer unendlich scharfen Weise über, die die Erbitterung unter den Massen auf höchste steigerte. Die Polizeibeamten drangen nach der Aufforderung, aus den Arbeitergruppen, sofort auf die in dichten Massen umhergehenden Gruppen mit blankem Säbel und Gummiknüdel ein und schlugen auf die Leute, gleichviel, ob Mann oder Frau und selbst harmlose Passanten los. Es gab viele Schwerverletzte, und ich selbst bekam zwei Bliebschüsse mit einem Gummiknüdel über den Kopf, ohne daß ich ein Streifen Papier das geringste getan hatte. Das geradezu unsinnige Verhalten der Beamten wurde von allen Seiten verurteilt. Die Unruhen währten bis zum späten Abend.

Die Vorgänge haben gezeigt, daß die Regierung, nachdem sie tagelange in einem Ausmaß energische Maßnahmen angekündigt hatte, der Lage nicht gewachsen war. Abends beherrschte das Proletariat die Straßen und die Gendarmen hatte sich in die Straßen zurückziehen müssen. In einer Unterredung äußerte sich Wirtschaftsminister Schwarz über die Gefahren der Arbeitslosigkeit und erklärte selbst, nachdem er die Schlemmereien verschiedener Kreise des Bürgertums verurteilt hatte, daß der Erwerblosen nichts anderes übrig bleibe, als Selbstmord oder Diebstahl, und daß sich Verhältnisse entwickeln, die in blutigen Bürgerkrieg oder in brutale Diktatur auslaufen würden.

Es ist empörend, in welcher Weise mit den Arbeitslosen, den unglücklichen Opfern der kapitalistischen Gesellschaft, umgegangen wird.

gewiß. Scheitern die Verhandlungen in Riga, so sei ein Krieg aller gegen Sowjetrußland gewiß und jede Zurückhaltung und jede diplomatische Geste verbiete schon der Selbsterhaltungstrieb der europäischen Kultur.

#### Militärischer Zuzug zur Roten Armee.

Amsterdam, 9. September.

Den englischen Blättern zufolge meldet Moskau drahtlos, daß die Truppen des Generals Semenov zu der Regierung der russischen Republik im fernsten Osten übergetreten sind.

Aus Baku wird gemeldet, daß eine Anzahl von antibolschewistischen Erhebungen in der Gegend von Irkutsk stattgefunden haben, weil die Bolschewisten Getreide von den Bauern requirierten. Die Erhebungen tragen jedoch einen unorganisierten Charakter und sind bisher unterdrückt worden.

#### Polnischer Heeresbericht.

L. u. Warschau, 10. September.

Im Gebiet von Suwalki keine Veränderung. Ein bolschewistischer Angriff bei Stera wurde abgewiesen. Ausfallaktionen an verschiedenen Punkten unserer Front führten zur Einnahme von Kuzmina und der Eisenbahnstationen Zabinka-Wielkerta und Masoryta, östlich von Presh-Bitowsk. Der Feind machte verzwelfelte Gegenangriffe, besonders um den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Zabinka zurückzugewinnen und warf dabei 7 Infanterieregimenter in den Kampf. Unsere Beute bei diesen Ausfallbewegungen beträgt über 3000 Gefangene, 53 Maschinengewehre, 4 Geschütze, Waggons mit Artillerie-Munition, viel Kriegsmaterial, Lebensmittel und 2 Panzerzüge. Längs des Bzug beiderseitige Gefundungsstätigkeit. In Galizien keine Veränderung.

#### Eine Delegation der „Labour Party“ zur Konferenz in Riga

Samantids vom 6. 9. berichtet: Der Aktionsausschuß, der am 5. September in Portsmouth tagte, hat beschlossen, eine Delegation der Labour Party nach Riga zu schicken, um genaue Informationen über die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen zu erhalten und der Friedenskonferenz beizuwohnen. — Adamson und Parcell wurden als Delegierte bestimmt.

Wenn die Rigaer Konferenz die Jubelstunde der englischen Delegation nicht ablehnt, die Rußen werden es nicht tun, allenfalls die Polen — so würde zum ersten Male in der Geschichte eine anherhalb der Grenzen der vertragschließenden Teile stehende und von ihnen nicht beauftragte Körperschaft dem Abschluß eines Friedens beizugewohnt haben. Das die englischen Arbeiterorganisationen eine Delegation zu diesem Zwecke entsenden können, ist zweifellos ein bemerkenswerter Beweis ihrer jetzigen Stärke und ihres Einflusses auf die internationale Politik überhaupt.

### Die kleine Entente

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die ungarischen Rüstungen, die frechen Einbrüche der Weißgardisten nach Deutschösterreich, das fortwährende Säbelkräfteln in Budapest, die in den Nachbarstaaten offene betriebene konterrevolutionäre Propaganda der Horthyterroristen, die krankhaften, zubringlichen Versuche, sich an dem Kriege gegen Sowjetrußland zu beteiligen und als Preis dafür die Revision des Friedensvertrages von Großtrianon zu erreichen, haben zu einer sehr merklichen Verschlechterung der diplomatischen Lage Horthyungarns geführt. In allen diesen Bestrebungen wurde die ungarische Regierung von der französischen Diplomatie unterstützt, obwohl sie sich offenkundig gegen die „kleinen Verbündeten“ richteten und nur auf deren Kosten befristet werden konnten. Die Folge dieser französischen Extratour war eine teilweise Vorseitständigung der Politik der Tschecho-slowakischen Republik, Rumäniens und Jugoslawiens, die sich zu einer kleinen Entente zusammengeschlossen haben. Obwohl die französische Regierung die allergrößten Anstrengungen machte, Rumänien vom Beitritt zu dieser Staatenkombination zurückzuhalten und eine ungarisch-rumänisch-polnische Annäherung, ein Bündnis der drei oligarchischen Regierungen herbeizuführen, obwohl sie den Marschall Joffre mit diesem Auftrage nach Bagdad sandte, um wenigstens Rumänien ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen, kann mit absoluter Sicherheit behauptet werden, daß die sogenannte kleine Entente doch abgeschlossen wurde, und zwar mit dem folgenden Programm: 1. Neutralität im polnisch-russischen Krieg, solange keiner der kleinen Entente-Staaten angegriffen wird. 2. Die Forderung der strikten Aufrechterhaltung des mit Ungarn abgeschlossenen Friedens und die sofortige Durchführung der Bestimmungen über die Entwaffnung der ungarischen Armee, das heißt die Herabsetzung der Armee auf 30 000 Mann. 3. Festhalten an der Entschließung des Obersten Rates, daß die Habsburger nicht nach Ungarn zurückkehren dürfen, in sonstigen aber die Bestimmung der Staatsform, Republik oder Monarchie, den Ungarn überlassen wird.

Es wurde auch beschlossen, zu diesen Entschließungen die Billigung der großen Ententemächte einzuholen, und es wurde der Vorschlag mitgeteilt, daß die Nationalstaaten eine befristete Forderung an Ungarn in allen diesen Fragen zu richten wünschen. Allerdings steht noch eine Zustimmung aus und die Horthyfreundliche Presse behauptet, daß die Vorschlagkonferenz vorläufig auf diese Anregung nicht eingehen, oder trotz ihrer Dringlichkeit nicht antworten wird. Es ist fraglich, ob die kleine Entente soviel Macht und Entschlossenheit haben wird, um ihre Politik trotzdem durchzuführen. Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß demokratische Rücksichten die Urheber dieses Planes wären. Die Nachbarstaaten wollen ihre Friedensbeute sicherstellen und hauptsächlich die Möglichkeit erreichen, ihre Armeen abzurufen; die ungeheuren Lasten der Rüstungen können diese Staaten und vor allem die Tschecho-slowakei, die unter der Kontrolle einer mächtigen und immer radikaler werden Sozialdemokratie steht, auf die Dauer ohne die schwersten sozialen Erschütterungen nicht ertragen. Und solange Ungarn sich bewaffnet, können sie auch nicht abrüsten oder ihre Rüstungen erheblich reduzieren.

Außerdem richtet sich die kleine Entente gegen die von Franzosen und Engländern gleichmäßig propagierten Pläne einer Donauföderation. Die wirtschaftliche Verbindung der aus der Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Staaten ist eine Notwendigkeit; die Frage ist nur die, auf welcher Grundlage sie zustande kommen kann; ob unter der Führung der wiedereingefügten Habsburger, die aus Budapest ihren Vortrampf aufnehmen sollen, oder aber durch eine lose Verbindung der Nachbarstaaten, die die politische Selbständigkeit aller Staaten wahr und doch einen erträglichen Zustand aller Donaustaaten herstellt. Die Donauföderation ist die Lösung der mitteleuropäischen Konterrevolution, der gegenüber die kleine Entente eine demokratischere Lösung darstellt.

In der russischen und in der ungarischen Frage verfolgt die kleine Entente eine weniger reaktionäre Politik als die große, die die Sowjetregierung stützen und Horthyungarn unterstützen will. Wie in der großen die Macht der britischen Arbeiterklasse von den allerhöchsten Ausschreitungen ihrer Regierung zurückhält, so ist die demokratischere Außenpolitik der kleinen Entente dem Einfluß und der Macht des tschechoslowakischen und jugoslawischen Proletariats zugesprochen. Wenn sie auch aus selbsttätigen und imperialistischen Motiven zu ihrer ungarischen Politik getrieben wird, so ist doch jede Schwächung Horthyungarns ein Verdienst.

In der Lohnbewegung der Hamburger Hafnarbeiter haben erneut Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keiner Einigung führten. Die Lohnkommission ist nun nach Berlin geeilt, um mit dem Reichsarbeitsminister zu verhandeln. Auf Veranlassung der Zeitung des Transportarbeitersverbandes haben, nach der Telegraphen-Union, während der Dauer der Verhandlungen die in Hamburg in den Streik getretenen Hafnarbeiter den Streik abbrechen müssen.

#### Die Wahlen zum sächsischen Landtage werden am 14. November stattfinden.

Georgien und Sowjetrußland. Das Georgische Pressebureau teilt uns mit: In der gestrigen Morgenausgabe der „Freiheit“ heißt es unter dem Titel „Volkswirtschaftlicher Vormarsch in Georgien“, die Bolschewisten seien trotz abgeschlossener Waffenstillstandes weiter vorgedrungen und hätten die Distrikte Karabach, Sangsar und Nachtschewan besetzt. — Diese Mitteilung ist irreführend. Zunächst handelt es sich nicht um einen Vormarsch gegen Georgien, sondern gegen Armenien und Persien, denn die genannten Distrikte liegen im armenisch-persischen Grenzgebiet. Der Waffenstillstand, von dem die Rede ist, bezieht sich auf Armenien. Mit Georgien hat Sowjetrußland am 7. Mai d. J. Frieden geschlossen (obwohl ein Kriegsverhältnis zwischen den beiden Staaten überhaupt nicht bestand).





